

Beschluss des Bundesvorstandes

Für Wirtschaft, die sich neu erfindet – Hamburg zeigt den Weg

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts stehen wir an einer Wegscheide. In den 2020ern muss Deutschlands Wirtschaft den Weg zur Klimaneutralität einschlagen. Das ist die Garantie für den Industriestandort Deutschland. Werden die Weichen nicht gestellt, ist es zu spät – für das Weltklima und für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie. Die alte Industrie muss sich dafür neu erfinden, dem Neuen müssen wir den Weg ebnen: durch Wissenschaftstransfer, Anreize und Förderung – auf allen Ebenen.

Dafür müssen wir die Marktwirtschaft sozial-ökologisch neu begründen – mit starken ordnungsrechtlichen Leitplanken, die den planetaren Grenzen Rechnung tragen, die soziale Standards und fairen Wettbewerb sichern und neue Wertschöpfung schaffen.

Welche Chancen bestehen und was nötig ist, zeigt sich in der Stadt Hamburg und ihrer Region wie unter einem Brennglas. Die Metropolregion Hamburg lebt davon, dass Menschen hier täglich gute Ideen haben und sie umsetzen – in Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und sozialen Einrichtungen. Doch ob es gelingt, Hamburg in den nächsten Jahrzehnten vollständig klimaneutral zu machen, hängt maßgeblich davon ab, ob die traditionellen Industrien den Weg in die Zukunft schaffen und wie wir den Erfolg unserer Wissenschaftler*innen nutzen, damit aus ihren Erkenntnissen und Ideen wirtschaftliches Handeln wird. Außerdem kommt es darauf an, den politischen Rahmen richtig zu setzen.

Es gibt schon jetzt viele visionäre Unternehmen, die wissen: Ein Technologievorsprung, etwa bei Speichertechnologie, Leitungstechnik, Mobilität und Energieeffizienz, ist nicht nur gut fürs Klima, er ist zentral für wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltige Arbeitsplätze. Zudem ist es eine politische Aufgabe, ein besonders enges, kreatives und verlässliches Netzwerk der Zusammenarbeit von Mittelstand, Handwerk und Gewerbe, Startups und Gründer*innen, den großen Industrieunternehmen, der Wissenschaft, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmer*innen-Vertretungen herzustellen. Wir wollen für all dies die Voraussetzungen schaffen.

I. Klimaneutral Wirtschaften – in traditioneller Industrie und neuen Branchen

Hamburg macht vor, welches Potenzial der Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft hat. So attestiert die OECD Hamburg und seiner Metropolregion ideale Voraussetzungen, um eine weltweit führende Stellung bei den Erneuerbaren Energien einzunehmen: die hohe installierte Leistungsfähigkeit bestehender Onshore-Windkraftanlagen, das Potenzial der Offshore-Windkraft und Möglichkeiten zum Import von grün erzeugtem Wasserstoff und dessen Anschluss an bestehende Fernleitungsnetze.

Im Projekt NEW 4.0 haben seit 2016 über 60 Partner*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik untersucht, wie Schleswig-Holstein und Hamburg bis 2035 die 100prozentige Versorgung mit regenerativ erzeugtem Strom erreichen können und wie die ganzheitliche Transformation des Energiesystems in allen Sektoren – also auch Mobilität, Industrie und Wärmeversorgung – gelingen kann. In der Umsetzung befindet sich Deutschlands anspruchsvollstes Wärmewende-Projekt: Nach der von den Hamburger Bürger*innen beschlossenen Rekommunalisierung der Fernwärmeversorgung werden die beiden Kohlekraftwerke, die bisher den größten Teil der Wärmezeugung leisten, durch einen Mix aus innovativen Erzeugungsanlagen ersetzt. Erstmals in Deutschland kommen eine Großwärmepumpe im Ablauf des städtischen Klärwerks und Aquiferspeicher zum Einsatz, mit denen große Mengen klimafreundlich erzeugter Wärme im Sommer für die Heizperiode gespeichert werden können. Abwärme aus der Grundstoffindustrie (Kupfer, Stahl, Aluminium) soll künftig nicht mehr in die Elbe weggekühlt, sondern zunehmend für die Wärmeversorgung der Stadt erschlossen werden. Darüber hinaus ist in Hamburg das erste norddeutsche Tiefengeothermie-Projekt in Planung, das für die gesamte Region Pilotcharakter haben wird.

Die Energiewende im Norden und für ganz Deutschland kann nur gelingen, wenn die gesamte Region einbezogen wird. Um Hamburg und seine Nachbarn zu einem global führenden Standort für Erneuerbare Energien zu machen, wollen die Hamburger Grünen die Empfehlungen der OECD-Studie zur Metropolregion Hamburg umsetzen. Zentral dabei ist, dass die Körperschaften innerhalb der Metropolregion zu einer grenzüberschreitenden Kooperation gelangen. Mit gemeinsamen Finanzmitteln und Ressourcen müssen Planungen vorangetrieben werden.

Damit die notwendigen Technologien aber in der Breite zur Anwendung kommen, Unternehmen funktionierende Geschäftsmodelle aufbauen können und die Erzeugungskapazitäten für die erforderlichen großen Mengen von regenerativem Strom geschaffen werden, brauchen wir passende Rahmenbedingungen, die nur auf Bundesebene gestaltet werden können.

- Stromspeicher müssen sich wirtschaftlich lohnen. Deshalb muss **die Doppelbelastung bei Steuern, Netzentgelten und Umlagen abgeschafft werden**.
- **Im Strombereich muss systemdienliche Flexibilität** sowohl bei Speichern als auch bei Produktionsprozessen stärker berücksichtigt werden.

- **Wärme aus Abwasser muss als Erneuerbare Energie (Umgebungsenergie) eingestuft werden. Dafür muss das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz geändert werden.**
- Dort, wo eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist – also bei vielen Industrieprozessen, bei Schwerverkehr, Schiff- und Luftfahrt – wird Wasserstoff die entscheidende Rolle für die Dekarbonisierung spielen. Dazu braucht es gezielt Förderung der entsprechenden Technologien hin zur Marktreife. Nötig sind **Zertifizierungen, die regenerativ und systemdienlich erzeugten Wasserstoff klar ausweisen, damit er nicht mehr im Wettbewerbsnachteil zu Wasserstoff steht, der nicht aus Erneuerbarer Energie erzeugt ist (grauem oder sogenanntem blauen Wasserstoff).**
- Für den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft ist eine **Vervielfachung der installierten Windkraft** nötig. Derzeit weist die Politik der Bundesregierung in die entgegengesetzte Richtung und gefährdet eine Zukunftsbranche und tausende Arbeitsplätze. Das ist gerade in der europäischen Windenergiehauptstadt Hamburg industrie- und arbeitsmarktpolitisch höchst schädlich. Der Ausbaupfad für die Offshore-Windenergie muss deutlich ausgeweitet, der Deckel für die Onshore-Windenergie abgeschafft werden. Das Ausschreibungsdesign muss sicherstellen, dass die vorgesehenen Zubaumengen tatsächlich auch netto realisiert werden. Um die Akzeptanz bundesweit zu erhöhen, setzen wir Grüne als Anreiz auf eine **Windprämie für die betroffenen Kommunen** sowie auf **vergünstigte Stromtarife für die Anwohner*innen** in den Windkommunen.
- Der Kohleausstieg muss Gesetz werden. Hamburg zeigt aber, dass es neben dem klaren Abschaltfahrplan **wirksame Anreize für eine frühere Stilllegung braucht, einschließlich einer Löschung des entsprechenden CO2-Budgets.** Sonst läuft das dortige 1,6-GW-Steinkohlekraftwerk bis zum Schluss weiter.
- Es braucht klimaneutrale Transportketten. Für den Hafen Hamburg beispielsweise ist das die Chance, zu einem innovativen Logistik-Knotenpunkt mitten in Europa zu werden. Wenn aber Landstrom schrittweise für alle Seeschiffe verpflichtend werden soll, wie Hamburg das plant, müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Dafür muss die **Bundesregierung die Umlagen auf Landstrom senken sowie die zugesagte Bundesförderung für die notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen.**
- Investitionen in CO2-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei sehr hohen CO2-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die **Differenz zwischen dem aktuellen CO2-Preis und den tatsächlichen CO2-Vermeidungskosten erstatten**, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.
- Energieintensive Industrie, die z.B. Aluminium herstellt, soll weiterhin in Deutschland zu Hause sein. Deshalb müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen Klimamaßnahmen neben den notwendigen Anreizen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im

internationalen Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische Klimazölle, die auch auf Importe aufgeschlagen werden, oder über einen Grundstoffausgleich, der Recycling und weniger energieintensive Werkstoffe belohnt, geschehen.

II. Von der Wissenschaft in die nachhaltige Wirtschaft – Hamburg als Beispiel

Entscheidend für Innovationsfähigkeit sind Forschung und Entwicklung und der erfolgreiche Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Grundlagenforschung muss gestärkt und Forschungsfreiheit in vielen Bereichen ein stärkeres Gewicht beigemessen werden können. Deutschland und Europa hängen bei den dafür notwendigen Investitionen für Forschung und Entwicklung gnadenlos hinterher.

- Wir wollen wieder intensiv in den Wissens- und Innovationsstandort Europa investieren und die **Mittel des kommenden europäischen Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden Euro aufstocken**. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.
- Wissenschaft wird in den Universitätsstädten real. Grüne in der Regierung haben in Hamburg gezeigt, wie man mit der Clusterpolitik der Wirtschaftsförderung Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen entlang von Branchen zusammenfasst und so aus wissenschaftlicher Forschung die Wirtschaft der Zukunft macht. Um das auszubauen, sollte **das Cambridge-Prinzip auf Hamburg und andere Universitätsstädte übertragen** werden. Im Umkreis der britischen Spitzenuniversität Cambridge haben sich seit 1960 in einem Radius von 25 Kilometern mehr als 20 Wissenschafts- und Forschungsparks angesiedelt. Heute ist Cambridge mit über 4.700 Unternehmen und einem Jahresumsatz von über 13 Milliarden Pfund nicht nur ein Zentrum freien Denkens, sondern eines der erfolgreichsten Hightech-Cluster Europas.
- Die Grünen in Hamburg wollen auf Grundlage der OECD-Empfehlungen nach dem erfolgreichen Vorbild anderer internationaler Regionen eine **Entwicklungsgesellschaft der Metropolregion in öffentlicher Hand gründen**, die eng mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, der Wirtschaft und den Verwaltungsbehörden zusammenarbeitet, um innovative Ideen zu entdecken und zu fördern. Diese gemeinsame Innovationsagentur in Norddeutschland muss ohne Einflussnahme des politischen Tagesgeschäfts agieren können und soll Innovationsfonds mit strategischen Förderlinien in wirkungsvoller Größenordnung verwalten, internationale Unternehmen ansprechen und ihnen bei allen Standort- und Gründungsfragen sowie insbesondere bei Kooperationen mit regionalen Unternehmen behilflich sein. Durch die Innovationsagentur sollen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Verwaltungsbehörden in enger Kooperation innovative Ideen entwickeln und fördern können. Damit kann Hamburg beispielgebend für andere Regionen werden.

- Wir schlagen vor, **Innovationsscouts** zu etablieren. In Hamburg gibt es erste Pilotprojekte, bei denen Expert*innen gute Ideen und marktfähige Forschungsergebnisse in den Fachbereichen und Instituten der Hochschulen frühzeitig aufspüren. Sie arbeiten hochschulübergreifend, gehen direkt in Labore, Werkstätten und zu Professor*innen und beraten Forschende bei der Beantragung von Fördergeldern oder der Ausgründung. In Hamburg wollen wir erreichen, dass die ersten Pilotprojekte verstetigt werden und dass das Budget deutlich erhöht wird. Dieses erfolgreiche Konzept wollen wir als Best Practice auf weitere Bundesländer übertragen.

III. Von der Idee zum Erfolg

Es braucht Pionier*innen, die Risiken eingehen und sich selbständig machen, um ihre Ideen in die Praxis umzusetzen. Gerade in einer Metropole wie Hamburg gibt es viele dieser wagemutigen Pionier*innen. Aber sie sind auf Unterstützung und das passende Umfeld angewiesen.

- So widmet sich die **Plattform KI-SIGS** dem Aufbau eines KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme in Zusammenarbeit mit norddeutschen KI-Instituten in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, medizintechnischen Unternehmen und Universitätskliniken. Bei diesem norddeutschen Forschungsverbund unter maßgeblicher Beteiligung der Universität Hamburg geht es u.a. darum, neue Arten von intelligenten Robotern und virtuelle Agenten für die Rehabilitation zu entwickeln und diese gemeinsam mit Therapeut*innen und Patient*innen zu erproben. Die Wissenschaftler*innen und die Unternehmen wollen mit ihrer Forschung Therapien, Rehabilitation oder das Wohnen im Alter zu Hause verbessern oder erleichtern. Wir Grüne wollen dieses Projekt verstetigen.
- Wir schlagen die schnelle, bundesweite **Einführung eines unbürokratischen Gründungskapitals** vor. Gründer*innen erhalten einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Dieser Betrag deckt in vielen Fällen den anfänglichen Finanzierungsbedarf ab und erleichtert weitere Finanzierungszusagen von Banken.
- Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir bestimmte Regulierungen ganz aussetzen.
- Nach einer erfolgreichen Gründung kommt die Wachstumsphase. Dann braucht es frisches Kapital. Aber in Deutschland fehlt es an Wagniskapital. Wir wollen mit einem öffentlichen **Zukunftsfonds** eine Investitionswelle im Venture-Capital-Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stiller Teilhaber jungen und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das technologische Know-how ins Ausland fließt. Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen sein Eigenkapital weiter aufstocken.

IV. In Hamburg wird Deutschland digital von der Null zur Eins

Hamburg zeigt, wie wir mithilfe der Digitalisierung die Dinge zum Besseren wenden können. Die Stadt trägt die vom Branchenverband Bitkom verliehene Bezeichnung „smarteste Stadt Deutschlands“. Damit führt die Stadt den Index von 81 großen deutschen Städte an. Aber in den nächsten Jahren wollen wir Hamburgs Digitalstrategie – entlang der Kernaktionsfelder Mobilität, Gebäude, Energie und Umwelt, Lernen, Gesundheit und Verwaltung – noch besser aufstellen.

- Ein konkretes Beispiel aus dem Bereich der Mobilität: Zusammen mit der Hamburger Hochbahn entsteht gerade ein innovatives Pilotprojekt in Form einer **integrierten Mobilitätsplattform**. Wir wollen das Projekt als bundesweites Vorbild erfolgreich machen, zeigen, dass durch das Teilen von Daten und die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung eine nutzer- und ressourcenfreundliche Mobilitätswende funktioniert.
- Die Technische Universität Hamburg ist Projektpartnerin des **Testzentrums für automatisiert verkehrende Busse im Herzogtum Lauenburg (TaBuLa)**. Hier werden in einem großen Verbund die Potenziale und Hemmnisse des Einsatzes automatisierter und vernetzter Fahrzeuge im ÖPNV untersucht und eine Testumgebung für autonome Busverkehre implementiert.
- Um der Wirtschaft digitale Geschäftsmodelle zu ermöglichen, braucht es vor allem eines: Daten. Ihr großes Datenvolumen von Millionen Kund*innen ist derzeit der größte Vorteil der großen Digitalkonzerne. Wenn wir hier wieder Anschluss finden wollen, kommt es darauf an, bereits vorhandene, technische und nicht personalisierte Daten besser zu nutzen. Wir setzen daher auf **Open Data**. Unser Ziel ist es, öffentliche Daten in anonymisierter Form frei nutzbar zu machen und bestehende Datenmonopole aufzubrechen. Dafür haben wir in Europa die besten Voraussetzungen. Vorbildlicher Datenschutz ist die Grundlage dafür, dass Vertrauen in die Datenökonomie entstehen kann.
- Es war richtig und wichtig, dass der Deutsche Bundestag den Markt für Onlinebezahlssysteme geöffnet hat. Für unsere europäischen Unternehmen wird es außerdem entscheidend sein, dass **Marktmisbrauch hart geahndet** wird und **Märkte mit Quasimonopolen streng reguliert** werden. Das bedeutet, dass Amazon, Google und Facebook keine horrenden Gebühren für z.B. Onlinewerbung verlangen dürfen, damit europäische Startups nicht große Teile ihrer Gewinne an die großen amerikanischen IT-Konzerne weiterleiten müssen.